

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

24.7.1928 (No. 171)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3615

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Amend
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf. — Samstags 15 Rpf. — Anzeigengebühr 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kaszenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abgabe von Anzeigen, die zur Erfüllungsort Karlsruhe, im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, bei der Infektion keine Ansprüche, falls die Zeitung verpöblich, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: und es wird keinerlei Berücksichtigung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. — Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Postfachblätter, Antikliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Das deutsche Turnfest in Köln

Empfang der Deutschamerikaner

Zu Ehren der über 600 deutschamerikanischen Turner und Turnerinnen aus den verschiedensten Staaten Nordamerikas, die zur Teilnahme am deutschen Turnfest nach Deutschland gekommen sind, veranstaltete die Stadt Köln Montag abends im Gürzenich einen festlichen Empfang. Oberbürgermeister Dr. Adenauer hieß die Gäste mit herzlichen Worten willkommen, wobei er des großzügigen Hilfswertes der Deutschamerikaner gedachte. Professor Dr. Berner, der erste Vorsitzende der Deutschen Turnerschaft wies auf die engen Beziehungen hin, die die Deutschamerikaner auf immer mit ihren Stammesbrüdern verbinden. Namens des nordamerikanischen Turnerbundes sprach Seibel. Nicht nur seine Unabhängigkeit verdanke Amerika dem deutschen Volke, sondern auch seine Freiheit. Der Redner betonte eindringlich die Liebe, die alle Deutschamerikaner für ihr Vaterland hegen und ihren festen Willen, festzuhalten an deutschen Geistes und deutschen Gebräuchen. Festliche Begrüßungsworte fand auch der Enkel des Turnvaters Jahn, der eigens zur Teilnahme an dem deutschen Turnfest aus Amerika nach Deutschland gekommen ist und dessen Ausführungen mit besonders lebhaftem Beifall aufgenommen wurden. Ein Vertreter des Bürgermeisters von Chicago überreichte dem Vorsitzenden der Deutschen Turnerschaft eine Urkunde des Bürgermeisters mit der Einladung an die deutschen Turner zu der 1933 in Chicago stattfindenden Weltausstellung, mit der gleichzeitig ein großes Turnfest verbunden werden soll.

Pariser Blätter zum Wiener Sängerbundsfest

W. Paris, 24. Juli. (Tel.) Die Presse bespricht auch heute wieder im Zusammenhang mit dem Wiener Sängerbundsfest die Anschlussfrage. Der linksstehende „Deutro“ erklärt u. a.: Geräußerte Klänge, wie diejenige in Wien, können im übrigen Europa nur nationalistische und kriegerische Gegenüberstellungen hervorrufen. Wir müssen die deutschen Republikaner werden. Wenn es sich darum handelt, ein einigermaßen Europa zu schaffen, so sind wir mit ihnen. Wenn es sich aber darum handelt, ein größeres Deutschland wiederherzustellen, so machen wir nicht mit. Gegenüber diesem in den Rechtsblättern noch schärfer betonten Standpunkt, schreibt „Populaire“, das offizielle Organ der Sozialistischen Partei: Unsere Nationalisten sollten die Lehren sein, die sich über die Anschlussfrage aufregen. Wenn Nationalismus und Patriotismus die ersten Tugenden des französischen Bürgers sind, warum sollten diese Eigenschaften auf der anderen Seite der Grenze zu Lasten werden? Aber es handelt sich gar nicht um Nationalismus. Die Deutschen wünschen den Anschluss fast einstimmig. Der Fall ist denkbar normal; denn der Vertrag ist doch wohl auf den 14 Punkten Wilsons aufgebaut, zu denen auch das Selbstbestimmungsrecht der Völker gehört. Allerdings haben die Urheber des Vertrages in Anwendung dieses Grundprinzips die Grenzen so gezogen, daß außer den Siegerstaaten niemand damit zufrieden ist. Man hat einen ganz unmöglichen Staat geschaffen, der nicht lebensfähig ist. Österreich, die Verdringung der Grenzen, so führt das Blatt fort, ist ein Wert auf lange Sicht. Aber man darf sich nicht wundern, wenn die Beteiligten einseitig ihre Wünsche bekunden. Wenn man diese Grundgedanken nicht wollte, dürfte man das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht verletzen.

Sängerbund in Budapest

W. Budapest, 24. Juli. (Priv.-Tel.) Die gestern in Budapest eingetroffenen 3200 Teilnehmer vom Wiener Sängerbundstag nahmen gestern abend auf der Margaretheninsel an einem gemeinsamen Essen teil, worauf die einzelnen Sängerkorpsen in einer Konzert veranstalteten. Heute abend veranstalteten die deutschen Gäste ein Konzert im Tiergarten.

Das nächste Sängerbundsfest wird 1932 in Frankfurt a. M. stattfinden.

Neue Nachforschungen nach Amundsen

W. Tromsø, 24. Juli. (Tel.) Der Direktor des Meteorologischen Instituts, der die Polarexpedition mit meteorologischen Berichten versorgt, hat den wahrscheinlichen weiteren Kurs des Flugzeuges „Natham“ berechnet, falls es bei der Bäreninsel gelandet sein sollte. Auf Grund dieser Berechnung wird der Meteorologe Dewold in Begleitung von fünf Fischern mit dem Motorboot „Terningen“ von Tromsø nach Grönland fahren, um alle Lebensmitteldepots auf der Ostküste Grönlands aufzusuchen. Das französische Schiff „Bourquoi pas“ verließ gestern abend Tromsø in westlicher Richtung um in der ganzen Küste Grönlands und evtl. am Rande des Eises nach dem Verschollenen zu suchen.

Chinesisch-amerikanische Vertragskonferenz?

W. London, 24. Juli. (Tel.) Nach einer Agenturmeldung aus Washington sollen die Vereinigten Staaten bereit sein, die Frage einer Vertragsrevision mit der südchinesischen Regierung sobald wie möglich zu erörtern. Es verlautet, daß bereits Vorarbeiten für eine chinesisch-amerikanische Konferenz getroffen werden, an der vielleicht auch andere Mächte teilnehmen würden.

Die Arbeit im Antwerpener Hafen wurde wieder aufgenommen.

Letzte Nachrichten

Die Reichsbahntarife

M. Berlin, 24. Juli. (Priv.-Tel.) Die Reichsregierung hat gestern beschlossen, den Antrag der Reichsbahn auf Erhöhung der Eisenbahntarife dem im Reichsbahngesetz vorgesehenen Reichsbahngericht als Schiedsinstanz zu unterbreiten. Es steht unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten am Reichsgericht, Maier, und noch zwei von den Parteien zu ernennenden Beisitzern und tritt in Funktion, wenn zwischen Reichsregierung und Reichsbahn sich keine Einigung erzielen läßt. Darüber hinaus kann noch die Mitwirkung des Internationalen Schiedsgerichtshofs im Haag erfolgen, wenn keine Einigung zwischen Reichsregierung und Reparationskommission erfolgt, kommt wohl aber nicht in Frage. Wahrscheinlich wird schon in der nächsten Woche die Reichsbahnverwaltung ihre Forderung dem Reichsbahngericht unterbreiten. Die Tarifierhöhung wird nicht nur von der Reichsbahnverwaltung, sondern auch von dem Generalagenten und dem Kommissar bei der Reichseisenbahn, dem Franzosen Lesuvre, gefordert. Der Versuch, die Erhöhung mit einer inneren Anleihe überflüssig zu machen, scheint keine Aussicht auf Verwirklichung zu haben. Ob das Gerücht zutrifft, daß der Reichsbankpräsident dagegen Einspruch erhoben habe, läßt sich noch nicht sagen.

Amlich wird aus Berlin mitgeteilt: Die Reichsregierung hat sich am Montag mit dem Antrag der Reichsbahngesellschaft auf Tarifierhöhung erneut befaßt. Sie ist der Auffassung, daß die bisher gegebenen Unterlagen nicht hinreichen, um die Notwendigkeit einer Tarifierhöhung darzutun. Sie würde es vorgeziehen, wenn vor endgültiger Entscheidung dieser Frage, die so einschneidend für die gesamte Volkswirtschaft ist, die weitere Entwicklung der Reichsbahneinnahmen abgewartet würde. Da jedoch die Reichsbahngesellschaft die Frage für geklärt und die abschließende Entscheidung für geboten hält, erhebt die Reichsregierung keine Bedenken dagegen, daß die bestehende Meinungsverschiedenheit, ob und in welchem Ausmaß eine Tarifierhöhung als notwendig zu erachten ist, schon jetzt dem im Reichsbahngesetz vorgesehenen Reichsbahngericht unterbreitet wird.

Besprechungen Parker Gilberts in Paris

M. Berlin, 24. Juli. (Priv.-Tel.) Im Anschluß an eine Unterredung mit Poincaré hatte der Generalagent — wie aus Paris gemeldet wird — gestern mehrere Unterredungen mit führenden Finanzleuten Frankreichs, darunter auch mit dem Präsidenten der Bank von Frankreich. Das Blatt „Gazette“ dürfte zutreffend unterrichtet sein, wenn es sagt, daß Parker Gilbert, der sehr stark auf eine Revision des Dawesplans und eine Regelung der interalliierten Schulden drängt, sich in den Unterhaltungen überzeugt hat, daß augenblicklich keine Möglichkeit für die Einberufung einer internationalen Finanzkonferenz besteht, daß ferner zunächst der Amtsantritt des neuwählenden amerikanischen Präsidenten im Herbst kommenden Jahres abgewartet werden muß, ehe irgendein Unternehmungen werden kann. Auf grundsätzliche Ablehnung ist er offenbar bei Poincaré und den Finanzleuten nicht gestoßen.

Der Kellogg-Pakt gefährdet

M. Berlin, 24. Juli. (Priv.-Tel.) Nach einer Meldung der „B.Z.“ aus New York droht der Kellogg-Antikriegspakt in Amerika an innerpolitischen Schwierigkeiten noch zu scheitern. Es wird von der Presse, auch der republikanischen, ein sehr heftiger Kampf gegen den Pakt geführt. „New York Herald“ fordert geradezu den Senat auf, ihn abzulehnen. Ohne Zustimmung des Parlaments aber kann die Regierung keinen Vertrag mit auswärtigen Mächten schließen. Der Hauptgrund der Gegnerschaft besteht in der Furcht, England könne den Pakt dazu gebrauchen, um eine weitere Verdrängung der amerikanischen Flotte zu erreichen. Außerdem sei der Pakt viel zu unbestimmt und könne Amerika in die europäischen Streitigkeiten hineinziehen.

Todesurteile gegen lettlandische Spione

W. Riga, 23. Juli. (Tel.) Der Kriegsgerichtshof in Riga verurteilte in dem Prozeß gegen 28 Spione, die Spionage zugunsten Deutschlands getrieben haben sollen, vier Angeklagte, darunter zwei Führer der lettlandischen Grenztruppe, zum Tode, vier Angeklagte zu lebenslänglicher Zwangsarbeit, neun weitere zu Zwangsarbeit von 5 bis 15 Jahren.

Wege zur Förderung der Berufsausbildung

Das heutige System der Berufsausbildung hat, wie allgemein anerkannt wird, mancherlei Mängel aufzuweisen. Wenn man neue Wege in der systematischen Förderung der Berufserziehung ergreifen will, so muß man sich vor allem der Hilfe bestehender und erfolgreich wirkender Einrichtungen bedienen. Bis zu einem gewissen Grade wird man die Schule den Zwecken einer Propaganda für bessere Berufsausbildung dienstbar machen können. Das gilt namentlich für das wichtige Gebiet der Berufsberatung, das besondere Gelegenheit bietet, die ihren Beruf auswählende Jugend auf die Wichtigkeit einer guten und sorgfältigen Ausbildung hinzuweisen.

Die Reichsarbeitsverwaltung und das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht haben kürzlich unter Mitarbeit anerkannter Fachleute ein Buch herausgegeben, das sich „Die Schule im Dienste der Berufserziehung und Berufsberatung“ betitelt. Es enthält anregendes und belehrendes Material aus der Feder bekannter Berufsberater, Sozialpolitiker und Lehrer. Hervorgehoben seien vor allem die Ausführungen von Direktor Paul Knoff über die Berufsberatung in den Kleinstädten und auf dem Lande. Der Verfasser wendet sich namentlich gegen die vielverbreitete Auffassung, daß dort eine besondere Berufsberatung entbehrlich sei, weil der Lehrer die Kinder genau kenne und am besten Rat zu erteilen vermöge. Dabei wird völlig übersehen, daß dem Lehrer häufig der Überblick über das Wirtschaftsleben und den Arbeitsmarkt fehlt. Berufsberatungsstellen sind daher auch in der Kleinstadt und auf dem Lande unerlässlich, und zwar schon deswegen, weil hier ein fortwährender Wechsel der schulentlassenen Jugend zu den großen Städten hinüber erfolgt. Nicht mit Unrecht weist auch Direktor A. Menne darauf hin, daß eigentlich die Schulwahl (also z. B. der Besuch einer höheren oder Mittelschule) schon eine Art Berufsvorbereitung darstellt, die in einem Alter vorgenommen wird, in dem in der Regel Beschäftigung und Neigung der Kinder noch gar nicht zu erkennen sind. Eine Reihe anderer Aufsätze behandelt die in den Berufsämtern gemachten Erfahrungen mit der Eignungsprüfung sowie die Mitwirkung des Arztes bei der Berufswahl.

Aber wenn die Berufsberatung erfolgt und der künftige Beruf gewählt ist, so entsteht die mindestens ebenso wichtige Frage wie der Jugendliche zu einer möglichst guten Berufsausbildung gelangt. Wie bei der Berufsberatung die Schule, so haben hier die Verbände der Selbsthilfe die Aufgabe, über die Notwendigkeit einer besseren Berufsausbildung Aufklärung innerhalb der Jugend zu verbreiten. Vorbildlich sind auf diesem Gebiete die Buchbrüder vorangegangen, denn sie haben gemeinsam mit den Arbeitgebern wertvolle Einrichtungen für eine verbesserte Berufsausbildung geschaffen.

Eine ganze Reihe von Sonderzeitschriften widmet sich der Aufgabe, in fachlicher und technischer Hinsicht die Mitglieder der Arbeitnehmerverbände laufend über alle Neuerungen und Fortschritte des Gewerbes zu unterrichten. Eines dieser Fachorgane, das der Steinseker trägt am Kopf den hübschen Handwerkspruch: Im Kampfe steht ganz sicher seinen Mann — der im Berufe etwas leisten kann. Eine ganze Anzahl von gewerkschaftlichen Verbänden veranstaltet auch fachliche Unterrichtskurse für ihre jugendlichen Mitglieder, um namentlich die Jugendlichen und Lehrlinge auf die Bedeutung gründlicher fachlicher Ausbildung in ihrem Berufe hinzuweisen.

Die Freilassung Midlins

W. Colmar, 24. Juli. (Tel.) Die Freilassung des nun ebenfalls begnadigten Abgeordneten Dr. Midlin aus dem Gefängnis erfolgte gestern nachmittags 3 Uhr. Da die Begnadigung noch nicht bekannt geworden war, erfolgte die Entlassung fast unbemerkt. Als dagegen nach zwei Stunden Dr. Midlin aus der Redaktion des Elsäßer Kuriers heraustrat, um im Auto in Begleitung seiner inzwischen eingetroffenen Gattin die Heimfahrt anzutreten, hatte sich eine größere Volksmenge vor dem Gebäude angesammelt und wurde ihn eine starke Ovation bereitet. Blumen überreicht und er unter ständigen Hochrufen in sein Auto getragen. Eine Anzahl Autos begleiteten ihn auf der Heimfahrt. In den Dörfern wurde er mit Hochrufen begrüßt. Besonders herzlich war der Empfang in Mühlhausen und in seiner Heimat Dammertshaus. — In einem Aufruf, der mit einem Appell an die Einigkeit der Elsäßer zur Wahrung ihrer Eigenart und ihrer Heimatforderungen schließt, erklärt Dr. Midlin, daß er in der Begnadigung den ersten Schritt zu einer Verständigung erblicke, dem aber weitere Schritte folgen müßten. Er werde nach wie vor sein Programm vertreten. („Der Elsäßer“.)

Mit der Beilage: 40. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Zur Lage in Mexiko

„Observatore Romano“ zur Ermordung Obregons
W.B. Rom, 24. Juli (Tel.) Im Anschluß an in der europäischen Presse wiedergegebene Erklärungen des Präsidenten Calles, wonach der Mörder Obregons eingekerkert worden sei, veröffentlicht die „Observatore Romano“ eine offizielle Erklärung, in der es heißt, daß der St. Stuhl und jeder Katholik dieses schreckliche Verbrechen auf tiefste verabscheue und verurteile. Wenn der Präsident Calles die Verantwortlichkeit für den Mord der Aktion der Mexikaner zuschreibe, so miß hiergegen protestiert werden. Zur Klarstellung sei es zu begrüßen, daß man den Täter vor ein ordentliches Gericht bringen wolle. Der St. Stuhl sehe in aller Ruhe den Ergebnissen des Prozesses entgegen in der Gewißheit, daß die Katholiken Mexikos weder tatsächlich noch moralisch irgend eine Schuld an der Ermordung Obregons tragen.

W.B. Mexiko, 23. Juli. (Tel.) Der Polizeidirektor der Stadt, General Zertuche, erklärte heute, daß der Mörder des Generals Obregon, José de Leon-Toral, ein umfassendes Geständnis abgelegt habe, daß er aber noch keine Einzelheiten mitteilen könne. Er erwähnte ferner, daß die römisch-katholische Geistlichkeit die Polizei bei der Untersuchung der Mordtat unterstützte und fügte hinzu, der zurückgetretene Arbeitsminister Morones halte sich, wie gemeldet wurde, verborgen. Der Mann, von dem Toral anscheinend die Pistole erhalten habe, sei nach den Vereinigten Staaten geflohen.

Das Programm der Regierung Venizelos

W.B. Saloniki, 24. Juli. (Tel.) Ministerpräsident Venizelos wurde bei seinem Eintreffen von einer riesigen Menschenmenge mit stürmischen Oudigungen empfangen. In zwei Reden legte Venizelos ausführlich das neue Regierungsprogramm dar. Er gab zunächst dem Wunsche Ausdruck, daß sich die Beziehungen Griechenlands zu der republikanischen Türkei so freundschaftlich wie möglich gestalten möchten. Auch zu Bulgarien wünschte er die freundschaftlichsten Beziehungen. Mit Jugoslawien verbindet uns die Kämpfe, die wir Seite an Seite mit den heldenhaften Serben geführt haben. Unsere Beziehungen zu Rumänien sind ausgezeichnet. Mit besonderer Freude begrüße ich die Annäherung zwischen Griechenland und der großen Mittelmeeremacht Italien. Wir werden uns glücklich schätzen, diese guten Beziehungen durch den Abschluß eines Paktes zu bestätigen, der, ohne sich gegen irgendeinen Dritten zu wenden, die Grundlage bietet für die Festigung des freundschaftlichen Verhältnisses und für die gegenseitigen Handelsbeziehungen, die sich von Tag zu Tag zwischen beiden Ländern günstiger entwickeln.

Der Streik der südindischen Eisenbahner

W.B. Madras, 24. Juli. (Tel.) Streikende haben die Eisenbahnzüge nach Kodaikanal und Tuticorin zum Entgleisen gebracht. Man meldet Tote und Verletzte. Einzelheiten fehlen. 18 Personen berunglückt tödlich. Vier verdächtige Personen wurden verhaftet, darunter drei Angestellte der Ostindischen Eisenbahnwerkstätten.

Die Affäre im Reichsbahnzentralamt

Wie die „Voss. Z.“ erfährt, hat der Präsident der Reichsbahndirektion Karlstr. 10, Hr. v. E. v. Mülenbach, der mit der Untersuchung der Vorgänge im Reichsbahnzentralamt Berlin, die zur Amtsenthebung des Reichsbahndirektors Neumann geführt hatten, beauftragt wurde, sein umfangreiches Gutachten abgeschlossen und dem Generaldirektor der Reichsbahnhauptverwaltung überreicht. Eine Abschrift dieses Gutachtens ist der Staatsanwaltschaft zugeleitet worden.

Das Gutachten der Kommission, welche die zwischen dem Reichsbahnzentralamt und den privaten Lieferfirmen abgeschlossenen Verträge geprüft hat, kommt zu dem Ergebnis, daß die Verträge des Reichsbahnzentralamts zum Teil nicht günstig waren, und die Reichsbahn tatsächlich geschädigt haben. Dies geht, wie in dem Gutachten ausgeführt wird, besonders aus den Verträgen zwischen dem Eisenbahnzentralamt und der Firma Heinrich Warning hervor, die 100 Pro. aller bestellten Tenderlagerwagen, etwa 98 Pro. aller Wagengleitplatten und einen erheblichen Teil aller Güterwagenlagerwagen lieferte. Die Firma Warning gab die Aufträge zum Teil an zwei eigene Werke ab und erhielt jeweils sehr beträchtliche Provisionen. Die Frage, weshalb die Firma Warning diese Monopolstellung erhalten habe, scheint trotz eingehendster Prüfung nicht geklärt zu sein. Die „Voss. Z.“ will ferner erfahren haben, daß die Ely-Kommission zu der Überzeugung gekommen sei, daß für den gesamten Bedarf der Reichsbahn an Tenderlagerwagen Preise gezahlt worden seien, die bei genauer Prüfung hätten abgelehnt werden müssen.

Broddorff-Mankaus Berliner Reise

Der deutsche Vorkämpfer in Moskau, Graf Broddorff-Mankau, der von Moskau nach Berlin abgereist ist, wird heute nachmittags dort ankommen und etwa 10 Tage bleiben. In dieser Zeit werden, wie das „V. Z.“ mitteilt, zwischen ihm und den maßgebenden Persönlichkeiten des auswärtigen Amtes die Fragen, die seinerzeit zum Abbruch der deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen geführt haben, einer Durchprüfung unterzogen werden. Weiter werden der Donz-Prozess und die sich aus ihm für uns ergebenden Folgen, d. h. die Frage der Garantien und der Sicherheit für die weitere Betätigung des deutschen Kapitals und deutscher Arbeitskräfte in Rußland, besprochen werden. Nach Abschluß der Berliner Besprechungen wird Graf Broddorff seinen Urlaub antreten. Seine Rückkehr nach Moskau dürfte Ende September oder Anfangs Oktober erfolgen.

Oberleutnant Raphael entwichen

Der im Landsberger Mordprozess zu acht Jahren Zuchthaus verurteilte Oberleutnant Raphael, der auf Grund des Amnestiegesetzes von der Strafanstalt Sonnenburg nach Regensburg transportiert werden sollte, ist am Samstag vormittags auf dem Hauptbahnhof Rüstlin seinem Transporteur entwichen. Wie eine Korrespondenz berichtet, hätte Raphael bereits von Sonnenburg aus entlassen werden müssen, da nach den Amnestiebestimmungen die volle Zeit der erlittenen Untersuchungshaft und nicht nur der auf Grund des Urteils auf die Strafverbüßung angerechnete Teil in Anrechnung zu bringen war. Da Raphael somit überhaupt keine Strafe mehr zu verbüßen hatte, lege die Staatsanwaltschaft auch keinen Wert mehr auf eine Wiederergreifung. Ob die Polizei allerdings aus formalen Gründen die Verfolgung fortsetzen werde, siehe noch nicht fest.

Reichszentraler Müller verließ Montag Abend Berlin, um sich zu einem 14tägigen Erholungsurlaub nach dem Schwarzwald zu begeben. Zum Abschiede hatten sich der Staatssekretär in der Reichszentrale Dr. Bänder, sowie der Ministerialdirektor Dr. Jechlin auf dem Bahnsteig eingefunden.

Miljukow in New York

Aus New York wird geschrieben:
Professor Paul Miljukow, der einstige Außenminister Rußlands und schon vor der Revolution von 1917 einer der hervorragendsten Politiker Rußlands, jetzt Redakteur in Paris, ist für die große russische Kolonie in New York eine Sensation. Es hatten sich nicht weniger als 2500 Russen in dem großen Cooper-Union-Saal versammelt, um Miljukows Vortrag über den jetzigen Zustand und die Zukunft Sowjetrußlands zu hören. Obgleich ein großes Polizeiaufgebot strengste Kontrolle übte und nur Personen mit Eintrittskarten einließ, waren nicht nur liberale Anhänger Miljukows und Sozialisten, sondern auch seine Gegner von rechts, die Monarchisten, und erst recht seine Gegner von links, die Kommunisten, erschienen. Diese machten mit Rärm und Fischen nachdrückliche Versuche, die Versammlung zu sprengen. Nachdem aber die Polizei einige Nadelstülper aus dem Saal geholt und mit Knüppeln in den Seitengängen aufgestellt genommen hatte, mähigte sich die Opposition soweit, daß Miljukow seinen Vortrag zu Ende bringen und auf Fragen antworten konnte. Bis zum Schluß wurde er freilich durch Aufregungen des Beifalls und der Entrüstung unterbrochen. Miljukow, der auf Einladung der amerikanischen Friedensgesellschaft gekommen ist, sprach russisch. Er erklärte, daß seine Hoffnung auf Wiederherstellung des Zarismus und Wiederekehr der Großgrundbesitzer bestehe. Nur einige reaktionäre Gruppen schmeichelten sich noch mit der Möglichkeit der Wiederekehr des alten Regimes. Doch ebenso sicher wie der endgültige Zusammenbruch des monarchistischen Rußlands, sei das baldige Verschwinden des Kommunismus in seiner jetzigen Form. Er werde einer neuen, mehr demokratischen Ordnung Platz machen. „Rußland“, erklärte Miljukow, „wird sich in republikanischen und demokratischen Linien entwickeln auf Grund einer Föderation der Nationalitäten, die dieses große Land bewohnen.“ Freilich könne noch nicht festgestellt werden, wann und mit welchen Mitteln die kommunistische Diktatur aufgelöst werden wird. Sicher werde aber das russische Volk selbst diese Aufgabe lösen, und keine Intervention von auswärts könne ihm Hilfe bringen.

Ebenso, wie das russische Volk, im besonderen die Bauernschaft, im Jahre 1921 die neue Wirtschaftspolitik durchgeführt hat, werde auch der Bolschewismus gezwungen werden, seine Demagogie und das Sineintappen in die natürlichen Wirtschaftsgesetze aufzugeben. Nach der Versammlung hatte die Polizei alle Mühe, die auf der Straße in heftig disputierenden Gruppen verammelte Menge zu zerstreuen. Prof. Miljukow erhielt eine Polizeitruppe als Sicherheitsgeleit.

Neuer Versuch einer Regierungsbildung in Belgrad

Wie der „Pester Lloyd“ meldet, wurden Montag nachmittags nach Rückgabe des Mandats von General Sabichitsch die Führer der politischen Parteien neuerlich vom König empfangen. Der Führer der Demokraten, Davidowitsch, erklärte Journalisten, daß nunmehr wieder der Versuch gemacht werde, eine parlamentarische Regierung zustande zu bringen. Der Vertreter der kroatischen Opposition, Brubitschewitsch, sagte, daß die Kroaten nach wie vor die Auflösung des Parlamentes und Neuwahlen verlangen. Das Bestreben der maßgebenden Faktoren, eine Regierung der Verständigung zwischen den Kroaten und Serben zustandezubringen, stößt auf große Schwierigkeiten wegen des vollkommen entgegengesetzten Standpunktes der Kroaten und Serben. Der Präsident des Parlamentes hat dem König den Rat erteilt, den Führer der Radikalen, Alexander Stojanowitsch, mit der Bildung des Kabinetts zu betrauen.

Der Butsch in Lissabon

Nach einer im Pariser „Journal des Debats“ veröffentlichten Meldung aus Lissabon beläuft sich die Zahl der bei der Aufstandsbewegung ums Leben gekommenen Personen auf 7 und der Verletzten auf etwa 50, darunter 27 Schwerverletzte. Sämtliche gefangen genommenen Militärpersonen sind nach der Festung San Juliano, die gefangenen Zivilpersonen nach dem Gefängnis von Monsanto übergeführt worden. Nach einer Sabasmeldung aus Lissabon ist die Polizei eifrig mit den Nachforschungen nach den Urhebern der Aufstandsbewegung beschäftigt. Mehrere Verhaftungen wurden durchgeführt. Unter den Verhafteten befindet sich der Direktor der Zeitung „Diario de Noticias“, Amancio Alboim, und der Direktor des Blattes „Debate“, Godinho Cabral. Ein Mitarbeiter des „Temps“ in Lissabon gibt als Grund der Aufstandsbewegung an, daß der Kommandant des Forts San Jorge wegen Mordanschlägen gegen die Regierung zur Deportation verurteilt worden war und seine Offiziere deshalb befreit hatten, zu revoltieren. Der Vorschlag an alle mit der Regierung unzufriedenen Offiziere, an dem Aufstand teilzunehmen, hatte keinen Erfolg.

W.B. Paris, 24. Juli. (Tel.) Wie die „Chicago Tribune“ aus Lissabon meldet, sind im Zusammenhang mit der Aufstandsbewegung am Samstag 240 Verhaftungen vorgenommen worden. Unter den Verhafteten befinden sich 44 Offiziere und 25 Unteroffiziere.

Internationaler Gewerkschaftsbund

W.B. Wien, 24. Juli. (Tel.) Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes verhandelte in seiner hier stattgefundenen internationalen Tagung über Organisationsfragen und über die Vorbereitung für die internationale Arbeitskonferenz im Jahre 1929. Bezüglich eines Antrags Norwegen-Finnlands auf Abhaltung einer zwanglosen Konferenz mit der „Roten Gewerkschaftsinternationale“ wurde davon Abstand genommen, die Anregung einer solchen Konferenz vorzuschlagen. Es wurde vorgeschlagen, im September den Gewerkschaftssekretär Citrine an Stelle Hicks-England in den Vorstand zu wählen. Anschließend daran soll Citrine zum Vorsitzenden des internationalen Gewerkschaftsbundes gewählt werden. Bis zum nächsten internationalen Gewerkschaftskongress bleibt der Sitz des Gewerkschaftsbundes in Amsterdam, wo am 24. September die nächste Vorstandssitzung stattfindet.

Der letzte sächsische Generaloberst von Kirchbach ist 79 Jahre alt in Dresden gestorben.

Das Übermaß von Patentanmeldungen

Die Erfindungen und die Erfinder haben sich in den letzten Jahren so sehr vermehrt, daß ihre übermäßige Zahl eine Plage für das Patentamt geworden ist. Wer eine gute und brauchbare Erfindung gemacht zu haben glaubt, der will sie natürlich auch patentieren lassen. So kommt es, daß im Jahre 1927 annähernd 100 000 Patentanmeldungen bei dem Patentamt eingegangen sind.

Die Anmeldung eines Patentes ist im allgemeinen ziemlich einfach und nicht sehr kostspielig. Der Erfinder braucht nur eine genaue Beschreibung seiner Erfindung sowie eine genaue Zeichnung des betreffenden Gegenstandes, beides jedoch in zweifacher Ausführung, an das Patentamt einzuwenden. Zur Deduktion der Kosten muß ein Betrag von 25 Reichsmark gleichzeitig mit der Anmeldung an das Patentamt eingezahlt werden. Der Erfinder kann natürlich die Anmeldung zum Patent auch einem Patentanwalt übertragen, aber dadurch wird die Sache natürlich kostspieliger. Beim Patentamt werden die eingegangenen Anmeldungen durch sachmännlich geprüfte Stellen sorgfältig gesichtet und begutachtet. Ungeeignete Patentanmeldungen werden als unbrauchbar zurückgegeben. Hiergegen kann der Erfinder innerhalb einer Ausschlußfrist von einem Monat Beschwerde erheben, über die von einer aus drei Fachleuten bestehenden Beschwerdeabteilung entschieden wird. Die bewilligten Patente werden von der Ausschreibung der Urkunde zusammen mit den Zeichnungen und Beschreibungen der Erfinder zwei Monate lang in einem Saale des Patentamts öffentlich ausgestellt. Während dieser Zeit kann also jedermann gegen die Patenterteilung Widerspruch erheben, weil er z. B. selbst eine ähnliche Erfindung gemacht hat. Außerdem wird auch der Antrag im amtlichen Patentblatt bekanntgegeben. Es dauert oft sehr lange, bis der Erfinder in den Besitz der Patenturkunde gelangt. Hat er diese erhalten, so muß er die vorgeschriebenen Patentgebühren entrichten. Sie betragen ohne Rücksicht auf die Bedeutung der Erfindung vom ersten bis zum vierten Jahre 80 Reichsmark, im fünften Jahre 50 Reichsmark, im sechsten Jahre 75 Reichsmark und so fort in schneller Steigerung, so daß im siebzehnten Jahre 1000 Reichsmark und im achtzehnten und letzten Jahre 1200 Reichsmark an Patentgebühren zu zahlen sind. Mit dem Ablauf des achtzehnten Jahres erlischt jedes Patent vollständig und damit endet natürlich auch die Zahlung der Patentgebühren. Jede Erfindung geht nach achtzehn Jahren in den Besitz der Allgemeinheit über. Es läßt sich denken, daß die Arbeit des Reichspatentamts außerordentlich mühsam und umfangreich ist. Im allgemeinen erreicht allerdings noch nicht einmal die Hälfte der Erfinder, die ein Patent anmelden, die Ausstellung der Patenturkunde. Aber jede einzelne Patentanmeldung muß aufs sorgfältigste geprüft und bearbeitet werden. Je höher die Zahl der Erfinder answillt, desto größer wird auch das Reichspatentamt, und desto zahlreichere Beamte müssen mit der Prüfung der Patentanmeldungen beschäftigt werden.

Kurze Nachrichten

Das Reichskabinett trat am Montag unter Vorsitz des Reichszentralers zu einer Sitzung zusammen. Hierbei wurde vor dem Urlaubsantritt des Reichszentralers und verschiedener Mitglieder des Kabinetts noch eine Anzahl laufender Angelegenheiten beraten und entschieden, deren abschließende Erledigung notwendig war. Die nächste Sitzung des Reichskabinetts dürfte voraussichtlich in der Mitte des kommenden Monats stattfinden.

Der Fall Lambach. Wie der „D. A. Z.“ zufolge zu der Vertagung der deutsch-nationalen Parteiverhandlung gegen Lambach verlaute, vertritt sich die Meinung, daß die letzte Entscheidung im Falle Lambach nicht im Rahmen der Bundesorganisation, über den er längst hinausgewachsen ist, sondern angesichts seiner Bedeutung von den zuständigen obersten Parteinstanzen gefällt werden soll.

Verbot des „Österreichischen Tageblattes“ in Insterburg. Der Oberpräsident von Ostpreußen hat auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik das „Österreichische Tageblatt“ in Insterburg auf die Dauer von vier Wochen und zwar vom 25. Juli bis zum 21. August 1928 einschließlich verboten. Das Verbot erfolgte wegen eines Artikels „Republikanische Wiederergründung“, in dem eine grobe Beschimpfung der verfassungsmäßigen Reichsregierung erblidbar ist.

Neue internationale Frachtbriefformulare. Vom 1. Oktober 1928 dürfen mit dem Inkrafttreten des neuen internationalen Übereinkommens über den Eisenbahnfrachtverkehr die zur Zeit gültigen internationalen Frachtbriefe nicht mehr verwendet werden; eine Aufbrauchfrist für diese Frachtbriefe über den 1. Oktober 1928 hinaus kommt keinesfalls in Betracht. Den Frachtpapieren wird empfohlen, den Vorrat an alten Frachtbriefen entsprechend zu bemessen.

Rein internationale Städtstoffmarkt. In der deutschen Presse wird eine Meldung des „Evening Standard“ verbreitet, wonach die Bildung eines internationalen Städtstoffmarktes unmittelbar bevorsteht. Weder der F. G. Farbenindustrie A. G. noch dem Städtstoffmarkt ist, wie W.B. Handelsdienst erfährt, von der Bildung eines solchen Kartells etwas bekannt.

Zeitschriftenschau

* Vogue. Wieder ist ein Heft dieser neuen, ausgezeichneten Modezeitschrift erschienen, die bekanntlich eine deutsche Ausgabe der berühmten Pariser Modezeitschrift gleichen Namens ist. Das Heft vom 18. Juli (Preis 1,50 M., Vogue-Verlag G. m. b. H. Berlin) bringt uns in Bild und Text die Vorbilder der Herbstmode und zeigt uns gleichzeitig die Kleidung des Sommersports. Der Inhalt einer jeden Nummer ist außerordentlich abwechslungsreich. Wir finden immer wieder amüsant und witzig geschriebene Plaudereien über alle möglichen Gegenstände der Mode und des künstlerischen Lebens, wir sehen neue Landhäuser mit ihren geschmackvollen Inneneinrichtungen, wir lesen feinsinnige Reisebilderungen und anregende Bücherkritiken. Wir bekommen eine Menge interessanter und vorzüglich reproduzierter Bildaufnahmen dargeboten, und so vermittelt uns die Zeitschrift stets eine große Fülle von Genuß, Anregung und Belehrung.

Das 2. Heft der Berliner internationalen Zeitschrift für Baukunst, Raumkunst und Werkstoff, „Die Pyramide“ zeigt in seinen Bildern, wie scheinbar verschiedene Richtungen verschiedener Länder denselben Weg verfolgen, sich auf diesem Wege treffen, dem gleichen Ziele zustrebend. — Professor Bruno Paul, Berlin, verleiht das Juwel des Ornamentes, André Kuryat, Paris, findet in jener idealen Zweckmäßigkeit das bescheidene Ornament wieder, Heinrich Stoffregen, Berlin, zeigt in seinem Raum der Holzwerkstätten Johannes Andrees geschmackvollste Beschäftigung, während Professor Heinrich Straumer, Berlin, und Otto Fülle den Ansprüchen prunkvollsten und raffiniertesten Wohnens gerecht werden. Und die Keramik der königlichen Porzellanmanufaktur Kopenhagen beweist, daß ein Künstler sich selbst übertreffen kann, wenn er Gebrauchsgegenstände schafft, die tatsächlich ihrem Zwecke entsprechen. (Verlag: Sieben Stäbe, Berlin-Verlags- und Druckerei, m. b. H., Berlin NW 6.)

Badischer Teil

Zur Berufung des Geh.-Rat Schworer

Unserer Notiz über die Berufung des badischen Hochschulreferenten Ministerialrat Dr. Schworer nach Berlin sei noch ergänzend beigelegt:

Das Amt eines stellvertretenden Vorsitzenden der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, zu dem der badische Hochschulreferent, Ministerialrat Dr. Schworer, berufen worden ist, stellt einen der schwierigsten und verantwortungsvollsten Posten dar, der im Bereich der deutschen Wissenschaftspflege zu vergeben ist. Die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, eine dem deutschen wissenschaftlichen Leben eigentümliche Einrichtung, bildet neben Reich, Staat und kommunaler Wissenschaftspflege die starke Stütze der deutschen wissenschaftlichen Forschung. Aus mannigfachen Quellen schöpfend ist sie in den Stand gesetzt, alljährlich an deutsche Gelehrte in- und außerhalb des Hochschulbereichs, an wissenschaftliche Institute aller Art für Expeditionen, Drucklegung wichtiger wissenschaftlicher Werke und für andere wissenschaftliche Zwecke Geldmittel zur Verfügung zu stellen, die immer und überall dem Fortschritt der deutschen wissenschaftlichen Forschung zu dienen bestimmt sind.

In langjähriger Praxis geschaffene und erprobte Richtlinien für die Vergabe der Unterstufungen, Spezialausstufungen für die einzelnen Wissenschaftszweige, besteht mit hervorragenden Fachleuten, und nicht zuletzt ein Präsidium, das die Verhältnisse auf dem Gesamtgebiet der wissenschaftlichen Forschung zu überblicken vermag, mit den in Betracht kommenden Forscherpersönlichkeiten und ihrer Tätigkeit in persönlicher Führung steht und gegebenenfalls auch in der Lage ist, aus eigener Kenntnis der Dinge Anregungen zu vermitteln, stellen die rationellste Verwendung der ausgeschütteten Mittel sicher.

Es ist ein glänzendes Zeugnis für die berufliche Tüchtigkeit und die gewinnenden menschlichen Eigenschaften des badischen Hochschulreferenten, wenn er auf diesen leitenden Posten der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft berufen wird, eine hohe Ehre nicht nur für den Betroffenen, sondern auch für die badische Unterrichtsverwaltung, der er in jahrelanger, aufreibender und opfervoller, aber auch an Erfolgen reicher Arbeit seine hervorragende Kraft gewidmet hat. Geheimrat Schworer wird in seinem neuen Amt in enger sachlicher und persönlicher Fühlung mit dem Hochschulwesen und damit auch mit den badischen Hochschulen stehen. Dies wird für die badische Hochschulverwaltung eine besondere Gemütung sein.

Wie bereits gemeldet, wird Geh.-Rat Schworer zunächst, um ihm volle Entscheidungsfreiheit über die endgültige Übernahme des neuen Amtes zu ermöglichen, einen längeren Urlaub erhalten.

Fremdenschutz im Schwarzwald

Seit geraumer Zeit sind im Schwarzwald besondere Schutzmaßnahmen getroffen, die den Spaziergängern und Touristen gestatten, ohne Angst und Sorge die Schönheiten des Schwarzwaldes zu genießen. Von Baden-Baden aus wird z. B. der nördliche Schwarzwald überwacht. An den Razzien beteiligen sich jeweils 8-10 Polizeibeamte. Der Kraftwagen führt sie hinaus. An irgendeinem Punkte wird Halt gemacht. Die Leute schwärmen in kleinen Gruppen auseinander und durchstreifen ein bestimmtes Gebiet systematisch. An einer vorher bestimmten Stelle sammeln sich die Beteiligten wieder, um weiterzufahren und von einem neuen Punkt aus abermals Streifen zu unternehmen. In wenigen Stunden kann auf diese Weise ein großes Gebiet eingehend nach verdächtigen Elementen durchsucht werden. In der Hauptsache wurden auch die Wald- und Spazierwege begangen. Bei der letzten Razzia wurde z. B. das Waldgebiet bis zur Badener Höhe durchsucht, dabei wurden sämtliche Hütten besucht. Das Ergebnis der Razzia war befriedigend. Es wurde nichts Verdächtiges festgestellt, die Hütten waren alle leer, lediglich einige kleinere Trupps fröhlicher Wanderer wurden angetroffen, die ausgezogen waren, um in den herrlichen Wäldern Siesta zu machen. Auch zwei berittene Schupo beteiligten sich neuerdings an den Streifen.

Die Phosphorvorräte der J. G. Farben in Ludwigshafen

Auf eine kurze Anfrage der kommunistischen Fraktion im bayerischen Landtag, in der darauf hingewiesen worden war, daß die Einwohnerschaft der vorherigen Pfalz durch das Bestehen des Lagers von Phosphor in chemischen Fabriken, so bei der J. G. Farbenindustrie in Ludwigshafen, stark beunruhigt worden sei, teilt das bayerische Staatsministerium des Innern mit:

Die J. G. Farbenindustrie, Werk Ludwigshafen, benötigt zur Herstellung von Farbstoffen und pharmazeutischen Präparaten Phosphor. Das Phosphorgas wird schon seit der Zeit vor dem Kriege im Werk Ludwigshafen selbst hergestellt und gelagert. Für die hierfür bestimmte Anlage der Fabrik sind die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen vorgesehen. Für die Sicherheit der Anlage spricht, daß sie durch die gewaltige Erdbeberstörung bei der Opauer Katastrophe keinerlei Schaden erlitten hat. Die Anlage steht unter fortlaufender Kontrolle des Gewerbeaufsichtsbeamten; sie ist bei den Besichtigungen stets in bester Ordnung befunden worden. Nach Bekanntwerden der Hamburger Phosphorkatastrophe hat die Firma sofort den betriebsleitenden Chemiker zum Studium nach Hamburg entsandt; zu Änderungen hinsichtlich der Ludwigshafener Anlage hat sich hierbei ein Anlaß nicht ergeben. Weber für die Arbeiterschaft, noch für die Umgebung des Wertes besteht Grund zur Beunruhigung.

Aus den Parteien

Für Ende September ist in Freiburg ein Landesparteitag der Deutschnationalen Volkspartei vorgesehen.

Lagungen

Die Hauptversammlung des Badischen Sängerbundes findet am 9. September in Baden-Baden statt. In dieser Versammlung werden die ersten Besprechungen über das Badische Sängerbundestreffen am 25. und 26. Mai zu Freiburg stattfinden.

Id. Redakteur, 28. Juli. Der Neubau der Bahn von Redarsteinach nach Schönbach durch das Steinachtal schreitet so rüstig vorwärts, daß die Bahn im Oktober d. J. in Betrieb genommen werden kann.

Direkter Tarif im Verkehr mit Sowjetrußland

Am 10. Juli ist ein direkter Personen- und Gepäctarif zwischen Deutschland und der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken im Durchgang durch Polen, durch Polen und die Tschechoslowakei, sowie durch Lettland, Litauen und Polen in Kraft getreten. Durch die Einführung dieses neuen Tarifs wird der Reisende in Zukunft in der Lage sein, sich am Fahrkartenschalter in München, Köln, Hamburg-Altona, Berlin, Baden-Baden, Basel, B.-H., Mannheim oder anderen größeren Stationen Deutschlands, sowie in den amtlichen MER-Reisebüros direkte Fahrkarten nach Moskau, Leningrad, Odesa usw. zu lösen und sein Gepäck dorthin direkt abfertigen zu lassen. Für die Fahrt von Moskau nach Berlin und darüber hinaus stehen zwei Reiserouten zur Verfügung: über Riga-Eldföhnen und über Warschau (Warschau)—Stentsch. Beide Reiserouten sind im Fahrpreis gleichgestellt, können jedoch nicht wahlweise benutzt werden. Dasselbe gilt für die Gegenrichtung von Deutschland nach Moskau und darüber hinaus.

Gemeinde-Rundschau

Bürgermeisterwahlen. Am 1. August d. J. ist die Amtszeit des Bürgermeisters Menges in Gernsbach abgelaufen. Die Neuwahl wurde auf Dienstag, den 31. Juli, anberaumt. — Bei der Bürgermeisterwahl in Sulz erhielt der bisherige Bürgermeister Joseph Becherer 489 Stimmen, während seine Gegenkandidaten 290 bzw. 105 Stimmen erhielten. Becherer ist somit gewählt. — In Dudenheim verlief die Wahl ergebnislos, weil keiner der Kandidaten die erforderliche Stimmenzahl auf sich vereinen konnte. — In Niegel wurde Vödemeyer Dederer, bereits Mitglied des Gemeinderats, nunmehr im zweiten Wahlgang mit 461 Stimmen zum Bürgermeister gewählt. Sein Gegenkandidat, der bisherige Bürgermeister, Hüb, erhielt 350 Stimmen. — In Osterburken wurde der seitherige Bürgermeister Bauer mit 763 Stimmen wiedergewählt. Wahlberechtigte waren es 927.

Das Mannheimer städtische Hotel. In der letzten Sitzung der Hotelgesellschaft m. B. H. wurde beschlossen, dem seiner Rollendung entgegenstehenden städtischen Hotel den Namen „Palasthotel Mannheimer Hof“ zu geben. Das neue Hotel soll im Mai 1929 in Betrieb genommen werden.

Der städtische Voranschlag von Weinheim für das Rechnungsjahr 1928 war in der Sitzung vom 28. Juni vom Bürgerausschuß abgelehnt worden. Nunmehr hat der Landeskommissar die Auflage gemacht, die Vorlage zur nochmaligen Beschlussfassung an den Bürgerausschuß zurückzuverweisen. Demzufolge ist dieser zu einer erneuten Sitzung auf Dienstag, den 31. Juli einberufen. Sollte abermals eine Ablehnung erfolgen, so wird der Landeskommissar von sich aus über den Voranschlag die Entscheidung treffen.

Darlehensaufnahme der Stadt Rastatt. Der Stadtrat Rastatt hat beschlossen, zur Hebung der Neubautätigkeit und der Notstandsarbeiten eine Reihe von Darlehen zu tätigen. Ein Darlehen der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten in Berlin in Höhe von 708 000 M., ein Darlehen der Bad. Girozentrale von 500 000 M. zum Zinssatz von 8 Prozent und ein gleiches zum Zinssatz von 7 Prozent, ferner ein Darlehen des Bankhauses Speyer-Glücken in Frankfurt von 1 Million und ein Darlehen von 155 000 M. auf dem freien Anlehensmarkt. Ferner einen Kredit von 800 000 M. an den Gewerbeverein Rastatt zur Erstellung von Kleinwohnungen, an die Baugenossenschaft Gartenstadt und an Kriegsbeschädigte zur Erstellung von Kleinwohnungen usw. zu bewilligen.

Der Gemeindevoranschlag von Reichart für 1928 ist von den städtischen Kollegien mit 33 gegen 12 Stimmen genehmigt worden. Dagegen stimmten die Mitglieder der Freien Vereinigung und die der Sozialdemokratie. Die sozialdemokratische Fraktion des Bürgerausschusses regte an, die einen hohen städtischen Zuschuß erfordernde Realschule aufzuheben und dafür die Volks- und Gewerbeschule dahin zu erweitern, daß eine Handelsschule mit obligatorischem französischem Sprachunterricht angegliedert werden kann.

Vertrag der Stadt Lenzkirch mit dem Badenwerk. Der Bürgerausschuß Lenzkirch beschloß sich mit der Vereinbarung mit dem Badenwerk, die die Entschädigung der Stadtgemeinde Lenzkirch als Schluswerkinteressentin betraf. Das Badenwerk soll im Ort von der Brücke bis zur Schloßruine Urach einen Stauwehr mit 40 000 Kubikmeter Wasserinhalt errichten und der Gemeinde eine Strompreismäßigung zugeteilen. Obwohl die Forderungen der Gemeinde nicht restlos erfüllt sind, wurde die Abmachung mit dem Badenwerk doch einstimmig gut geheißen.

Die Gemeindeumlage in Schopfheim. Der Voranschlag für das Jahr 1928 ist nunmehr auf rund 567 000 M. in den Einnahmen und ca. 696 000 M. in den Ausgaben festgesetzt, so daß etwa 129 000 M. ungedeckt bleiben. Es sollen erhoben werden vom Liegenschaftsvermögen 88 Pf., vom Betriebsvermögen 52,8 Pf. und vom Gewerbebeitrag 660 Pf. pro 100 M. Steuerwert. Der Steuergrundbetrag für das Betriebsvermögen ist um 50 Prozent erhöht worden. Für den Haushalt des Jahres 1927 muß noch eine nachträgliche Umlage erhoben werden, was auf den Rückgang der Steuerwerte zurückzuführen ist und darauf, daß im Jahre 1926 von der Erhebung der Gewerbebeiträge abgesehen wurde.

Die städtischen Kraftwagen in Konstanz haben im Monat Juni über 78 500 Personen, die städtischen Motorboote über 44 700 Personen befördert. — Die Zahl der Wohnungsuchenden beträgt noch über 900, die Zahl der Erwerbslosen über 120.

Die Gestalten der Gesslung. Von Dr. Theodor Geiger. Verlag G. Braun, Karlsruhe. Preis brosch. 4,80 M., Halbleinen 5,30 M.

Geiger sucht den Richtschnur in die grundlegenden und tiefsten Fragestellungen der zeitgenössischen deutschen Gesellschaftslehre einzuführen, deren Denkwürdigkeit und Entdeckungen bestimmt sind, auch auf unsere moderne Lebensanschauung wachsenden Einfluß zu üben.

Landläufige Auffassung vermag die Gesellschaft nur entweder als Summe von Individuen oder als eine mythische Wesenheit übergeordneter Art zu denken; über den Widerspruch dieser unzulänglichen Anschauungen erhebt sich die phänomenologische Strukturanalyse Dr. Witts in die Ebene funktionalistischen Denkens zu überzeugender Synthese.

Von dieser Grundlage, die er zu einzelwissenschaftlicher Sachlichkeit wendet, verzieht der Verfasser die höchst abstrakten Begriffe in einer Art zu übermitteln und auf die soziale Wirklichkeit anzuwenden, die auch dem philosophisch nicht geschulten Leser einleuchtet. Seine Erfahrungen in langjähriger volksbildnerischer Tätigkeit kamen der Lösung dieser Aufgabe zugute. Durch reichliche Verbringung von Beispielen aus Leben und Geschichte und durch neuartige Herangehensweise dichterisch gestalteter Situationen werden die entwickelten Typen anschaulich gemacht.

Weg auch entsprechend dem Titel der Hauptton auf der Darstellung der Gesellschaft im Ruhezustand, so verfaßt das Buch doch nicht einseitig statischer Betrachtung, sondern weist immer wieder auf die Dynamik und auf die Abläufe gesellschaftlichen Geschehens hin.

Produktive Notstandsarbeiten

Der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat unterm 28. April 1928 wichtige Richtlinien über die Auswahl der zur Förderung als Notstandsarbeiten geeigneten Arbeiten gegeben. Nach diesen Richtlinien kann der Umbau und der Neubau von Straßen durch Vornahme von Notstandsarbeiten gefördert werden, wenn ein dringendes, namentlich ein überörtliches Verkehrsbedürfnis vorliegt, wie dies bei Straßen der Fall ist, die dem großen Durchgangsverkehr dienen. Ebenso kann der Bau von Radfahrwegen in angemessenem Umfang gefördert werden, wenn er in erster Linie für die Bedürfnisse des Verkehrs bestimmt ist, namentlich zur Entlastung der Hauptverkehrswege oder zur Erschließung neuen Wohngebietes. Als Träger werden nicht die örtlichen Radfahrvereine, sondern die wegebaupflichtigen öffentlichen Verbände in Betracht kommen. Dagegen soll für Straßeninstandsetzungsarbeiten eine Förderung durch die wertschöpfende Arbeitslosgenerierung nicht in Frage kommen.

Spiel- und Sportplätze sowie ähnliche Anlagen, ferner Friedhöfe und Friedhofserweiterungen können ausnahmsweise gefördert werden, wenn die Durchführung der Notstandsarbeiten an dem betreffenden Orte infolge der Lage des Arbeitsmarktes unerlässlich erscheint und andere Arbeiten mit ausgeprochenem produktiven Charakter nicht vorhanden sind. Voraussetzung ist jedoch, daß es sich nicht um laufende Arbeiten, sondern um solche zweifellos zukunftiger Art handelt. Bei Spiel- und Sportplätzen usw. ist festzustellen, daß vom Standpunkt der Volkshygiene aus ein dringendes Bedürfnis für die Herstellung der Anlage besteht. Dabei ist ferner auch zu prüfen, ob nicht die vorhandenen Anlagen den tatsächlich vorliegenden Bedürfnissen bereits genügen. Wenn schon diese letzte Bestimmung auffällig ist, so muß man geradezu behaupten, daß in den Richtlinien weiter dargelegt wird, ein dringendes Bedürfnis für die Herstellung von Spiel- und Sportplätzen sei nur für die Großstädte, namentlich in dicht besiedelten Stadtgebieten, und für engbesiedelte Industriegebieten anzunehmen. So sehr man es begriff, daß der Kreis der vom Reich geförderten Notstandsarbeiten nicht allzu weit gezogen werden soll, so erscheint doch die erwähnte Bestimmung, durch die Mittel- und Kleinstädte sowie das ländliche Land außerordentlich benachteiligt werden, recht eingehend.

Endlich wird in den Richtlinien noch vorgeschrieben, daß sogenannte „Beschäftigungsarbeiten“, das sind solche Arbeiten, bei denen keine volkswirtschaftlich produktiven Werte geschaffen werden, von der Förderung durch die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ausgeschlossen sind.

Die von der Reichsanstalt anerkannten Notstandsarbeiten werden von dieser durch Darlehen unterstützt, für die nur ein geringer Zinssatz verlangt wird. In der Regel soll dieser Zinssatz nicht unter 4 Prozent liegen. Er kann aber in besonderen Ausnahmefällen auch bis auf 3 Prozent herabgesetzt werden. Außer dem Reich haben auch die Länder vielfach als verstärkte Förderung Darlehen für Notstandsarbeiten den Gemeinden zur Verfügung gestellt.

Aus der Landeshauptstadt

Altstadtrat Robert Osterag 75 Jahre alt. Der in weiten Kreisen über Badens Grenzen hinaus bekannte Altstadtrat und Privatier Robert Osterag vollendet am heutigen Dienstag, den 24. Juli, sein 75. Lebensjahr. Er hat im Jahre 1906 den Badischen Verkehrsverband gegründet und, nachdem er viele Jahre den Verkehrsverein Karlsruhe mit großer Hingebung geleitet hatte, auch das Amt des 1. Vorsitzenden des neuen Verbandes übernommen, dessen mühselige und rührige Tätigkeit sehr bald auch außerhalb Badens erlangt wurde. Dies führte dazu, daß Osterag in kurzer Zeit nicht nur der Vertrauensmann auf dem Gebiete des Fremdenverkehrs der badischen Regierung und der damaligen badischen Staatseisenbahnen wurde, sondern auch seine Berufung in den Vorstand des Bundes Deutscher Verkehrsvereine erhielt. Osterag arbeitete so einflußreich an der Hebung der deutschen und ganz besonders der badischen Wirtschaft mit. Seine Verdienste um das Land und um die deutschen Verkehrsinteressen sind unbestritten. Der Badische Verkehrsverband, der sich zu einer anerkannt bedeutenden Fachorganisation entwickelt hat, ernannte im Jahre 1919 seinen aus Gesundheitsrücksichten scheidenden Präsidenten zum Ehrenvorsitzenden.

Grundstücks- und Hypothekerverkehr in Karlsruhe. Im ersten Halbjahr 1928 wurden 413 Liegenschaften im Gesamtwert von 7 Millionen Reichsmark umgesetzt. Hypothekeneintragen erfolgten in 1358 Fällen im Gesamtwert von 16,8 Millionen Reichsmark. Die Hypotheken mit einem Zinssatz bis zu 9 Prozent machten 72,8 Prozent, der Zahl der Hypotheken und 70,6 Prozent des Hypothekenbetrages aus.

Gegen die Radauhammer. Die Bewohner der Altstadt hatten fortwährend über nächtliche Ruhestörungen zu klagen. Dies hat die Polizeidirektion veranlaßt, in verstärktem Maße gegen Ruhestörer einzuschreiten. Die in Betracht kommenden Strafen werden nunmehr in besonderer Weise überwacht; die Betroffenen dürfen sich auf exemplarische Strafen gefaßt machen. — In der Knielinger Allee wurde ein 80 Jahre alter Bäder von vier Unbekannten vom Rade gerissen und mißhandelt. Mit mehreren Rippenbrüchen blieb der Angegriffene liegen. Die Täter konnten noch nicht ermittelt werden.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Schwache Luftbewegung und heiteres Wetter führten gestern zu stärkerem Temperaturanstieg (Ebene Maximum 29 Grad) und im Gebirge zu lokalen Wärmegewittern. Am Nordoststrand des Hochrucks, teils über dem Festlande haben sich zahlreiche Druckwellen entwickelt, die von dem über Nordwest- und Nordosteuropa liegenden Tiefdruckgebiet ausgehen und auch nunmehr unbeständiges Wetter bringen werden. Der Durchzug dieser Wellen wird stellenweise von Gewittern begleitet sein. — **Wetterausblick für Mittwoch:** Bedeckung wolkig, zeitweise Niederschläge bei böigen Westwinden und stellenweiser Gewitterbegleitung. Temperaturen wenig verändert.

Zum 60. Geburtstag Stefan Georges (12. Juli). Stefan George. Ein deutscher Lyriker. Von Will Scheller. Leipzig, Giese & Beder, Verlag, 143 S. Mit einem Bildnis des Dichters. Die landläufige Meinung sieht in Stefan George einen blassen Ästhet, der sich mit exotischen Wohlgerechten, seltsamen Plumm und phantastischen Bildern umgibt. Dieser Meinung widerspricht Will Scheller in seinem Buche aufs allerhöchste. Gestützt auf eine lüdenlose Kenntnis der Dichtungen Stefan Georges und der Schriften über ihn, bemüht er sich, den Leser mit dem Verstand des Dichters vertraut zu machen und ihm das Verständnis für dessen Eigenart zu erschließen. Was dem Buche noch besonderen Wert gibt, ist eine feinsinnige Auswahl aus den Werken des Dichters: etwa 50 Gedichte werden abgedruckt. Nicht minder willkommen dürfte manchem Leser die reichhaltige Bibliographie sein, die den Schluß des Büchleins bildet.

Kurze Nachrichten aus Baden

56. Mannheim, 24. Juli Vom 8. bis 16. September findet im Mannheimer Rosengarten wieder die vom Reichsverband Deutscher Erfinder e. V. veranstaltete Erfindermesse statt, zu der bereits die Ausschreibungen und Einladungen ergangen sind.

57. Heidelberg, 24. Juli. Mit der Fertigstellung der Schleusen am Karlstor ist ein wichtiger Bauabschnitt im Kanalbau bei Heidelberg vollendet. Von Donnerstag oder Freitag ab wird der Schiffahrtsverkehr nur noch durch die Schleusen gehen.

58. Heidelberg, 20. Juli. Wie das „Heidelberger Tagebl.“ hört, ist Stift Neuburg durch einen päpstlichen Erlass vom 11. Juli zu einer selbständigen Abtei des Benediktiner-Ordens erhoben worden. Das Stift bleibt vorläufig noch Priorat. Kloster Neuburg steht bisher unter der Leitung des Priors Lukas.

59. Mosbach, 23. Juli. Vergangenen Sonntag hat in Aglasterhausen die Jahresversammlung des Oberrheinischen Landesverbandes badischer Handwerker- und Gewerbevereine stattgefunden. Syndikus Eiermann von der Handwerkskammer Mannheim referierte über die Lage des Handwerks und Direktor Bergmann, Heidelberg, über die sozialen Einrichtungen des Landesverbandes. Als Vertreter des Bezirksamts Mosbach bemerkte man Regierungsrat Schmitt, der die Daseinsberechtigung des Handwerks gegenüber der Industrie betonte und dem Handwerk eine gedeihliche Fortentwicklung wünschte. Die offizielle Sitzung schloß mit der Entlastungsabteilung an den Rechnungsführer. Der nächste Gau-tag soll in Neudorf stattfinden.

60. Kaffatt, 23. Juli. Zur Erinnerung an die 500. Wiederkehr des Geburtstages des heiligen Markgrafen Bernhard von Baden, beging die katholische Jugend von Kaffatt am Samstag eine eindrucksvolle Feier am Bernhardus-Denkmal, dem ersten dieser Art in Baden. Die Erinnerungsfeier fand am Sonntag ihre Fortsetzung in Gottesdiensten und am Abend in einer weltlichen Feier in der Karl-Franz-Halle, wo Prof. Waldbogel, Mannheim, über „Bernhard von Baden“ sprach und das von Pfarrer Saier, Dügheim, verfaßte Weibsbild „St. Bernhards Ehrenkrone“, acht Bilder aus dem Leben des Seligen, zur Aufführung gelangte.

61. Bühl, 23. Juli. Nach Fertigstellung der Straße Gallenbach-Barnhilt konnte nunmehr die Autobahnverbindung Bühl-Baden-Baden eröffnet werden. Die Straße führt von Bühl über Efsental nach Neureier und von dort weiter über Gallenbach nach Baden-Baden.

62. Offenburg, 23. Juli. Der Gerichtsoberverwalter beim Amtsgericht Offenburg, Heinrich Foradan, kann auf eine 40-jährige Tätigkeit im badischen Staatsdienst zurückblicken. Seit 32 Jahren ist er in Offenburg beim Amtsgericht tätig.

63. Müllheim, 23. Juli. Der Bezirksobstbauverein Müllheim, dem die drei Obstbauvereine Müllheim, Vörsach und Schopshaus angehören, beschloß die Einrichtung einer Obstfammelstelle in Müllheim, um die Vorräte besser erfassen und verwerten zu können.

64. Bellingen, 23. Juli. Ein schwerer Fall von Widerstand gegen die Polizei ereignete sich hier in der Nacht zum Sonntag. Um 1/3 Uhr früh kam eine Frau zur Polizeiwache mit der Bitte, sie gegen ihren Mann zu schützen, der nach reichlichem Alkoholgenuß seine Frau bedrohte. Als zwei Polizeibeamte die Treppe zur Wohnung des Wütenden emporstiegen, empfing sie dieser mit einem Krügel. Er traf beide Beamte und zwar den einen derart auf den Kopf, daß der Schutzmann bewusstlos die Treppe hinabstürzte und schwere innere Verletzungen erlitt.

65. Waldkirch, 23. Juli. In dem benachbarten Kollnau wurde heute vormittag die 18 Jahre alte Fabrikarbeiterin Karoline Kohnen in ihrer Wohnung ermordet aufgefunden. Als Täter kommt der 24jährige Fabrikarbeiter Böggte von Kollnau, der geflüchtet ist, in Frage. Die Anträge des Mörders wurden von dem Mädchen wiederholt abgewiesen, was diesen zu der Tat veranlaßt haben dürfte.

66. Vom Schwarzwald, 23. Juli. Die Geuernte auf den Höhen des Schwarzwaldes und der Saar geht allmählich ihrem Ende entgegen. Sie soll in diesem Jahre durchweg zufriedenstellend sein, und zwar sowohl hinsichtlich der Quantität wie auch der Qualität. Der kalte Mai hatte zwar die Entwicklung der Weizen zurückgehalten, aber die darauffolgende längere Schönwetterperiode hatte diesen Schaden glänzend wieder gutgemacht.

67. Bellingen (Schwarzwald), 23. Juli. Das Sägewerk Benz, das vor kurzem von einem verheerenden Feuer heimgesucht worden ist, wurde von einem neuen Brande betroffen, wobei die damals verschont gebliebene Kranständeranlage vollständig in Flammen aufging. Die Bekämpfung des Feuers war infolge Wassermangels sehr schwierig. Die Feuerwehren der ganzen Umgebung waren aufgeboten.

68. Immendingen, 24. Juli. In Immendingen (Baden) wollten drei Knaben von 12 bis 14 Jahren aus Schlingen im Stauweiher ein Erfrischungsbad nehmen, gerieten an eine tiefe mit Schilf und Moosart besetzte Stelle und ertranken alle drei.

69. Überlingen, 24. Juli. Am Sonntag feierte Geistl. Rat Schwarz den 40. Jahrestag seiner Priesterweihe. Im Verlauf der weltlichen Feier machte Bürgermeister Dr. Emerich die Mitteilung, daß der Gemeinderat einstimmig beschlossen habe, den um die Wiedererrichtung des Münsters zu hochverdienten Geistlichen zum Ehrenbürger der Stadt Überlingen zu ernennen.

70. Konstanz, 23. Juli. Der fünfte Ferienkurs skandinavischer Lehrer und Lehrerinnen geht am 23. Juli zu Ende. In dem Kurs nahmen 27 Lehrer und 25 Lehrerinnen teil, die alle mit regem Eifer sich dem Studium der deutschen Sprache widmeten.

Verschiedenes

Postförderung durch Segelflugzeug

Pr. Berlin, 24. Juli. (Tel.) Anlässlich der großen Segelflugtage in Krummhölz im Riesengebirge wurde zum ersten Male von der Schneeflocke im Segelflugzeug Briefpost ins Tal befördert. Die Übernahme und die Ablieferung der Post gestaltete sich zu einem besonderen Ereignis, dem Vertreter der Regierung, der Stadtbeförden, der Gemeinden und der Presse beiwohnten.

Feuergefecht mit einem entsprungenen Zuchthäusler

Pr. Berlin, 24. Juli. (Tel.) In der vergangenen Nacht ereignete sich vor der Wohnung der Frau Emma Flatau in Berlin der von ihr geführte aus dem Zuchthaus entsprungene Ehemann, der Arbeiter Albert Flatau. Im Schlafzimmer seiner Frau fand er den 34jährigen Monteur Martin v. Halber in der Bettdecke liegend vor und gab auf diesen mehrere Revolvergeschosse ab. Auf die Hilferufe der Frau eilten Leute herbei. Ein Mann, der sich dem Täter entgegenwarf, wurde durch einen Schuß an der Schulter verletzt. Während man den Monteur und den anderen Verletzten nach dem Krankenhaus schaffte, flüchtete Flatau auf den Boden des Hauses. Auf die inzwischen alarmierten Polizeibeamten setzte Flatau das Feuergefecht fort. Erst nachdem Flatau durch zwei Schüsse verletzt worden war, gab er den Widerstand auf. Der Zustand des Monteurs ist bedenklich.

Motordefekt des Flugzeuges „Fregate“

Pr. Paris, 24. Juli. (Tel.) Nach einer Agenturmeldung aus Ponta (Azoren) hat das Flugzeug „Fregate“ kurz vor der Landung in Ponta einen Motordefekt erlitten, durch den der Weiterflug bisher verzögert wurde. Leutnant Paris hofft, den Schaden an Ort und Stelle ausbessern zu können; doch ist es nicht ausgeschlossen, daß die Ankunft eines neuen Motors aus Frankreich abgewartet werden muß.

Die Heimreise der geretteten Italiener

Die Überlebenden der „Italia“ sollen nach der Ankunft der „Citta di Milano“ in Livorno wahrscheinlich heute Dienstag abend ihre Reise auf der Eisenbahn durch Schweden nach Kopenhagen, und von dort über Berlin nach Italien fortsetzen. Die Heimreise soll in plombierten Wagen vor sich gehen. — Im italienischen Ministerium erklärte Mussolini, daß die Unterjüngung der Polarkugeln nur in Italien und von Italienern durchgeführt werde. Jede andere Hypothese sei absurd und verkehrt.

Pr. Rom, 23. Juli. (Tel.) Das italienische Expeditions-schiff „Citta di Milano“ ist am Sonntag abend 6 Uhr von Kingsbay nach Livorno abgefahren, um die bereits geretteten Mitglieder der Besatzung der „Italia“ an Land zu setzen. Das Schiff wird sich darauf wiederum nach Spitzbergen begeben, um seine Aufgabe weiter durchzuführen. Major Marino unterzog sich am 20. cr. einer notwendig gewordenen Operation, bei der ihm das rechte Bein unterhalb des Knies abgenommen wurde. Marino befindet sich jetzt auf dem Wege der Genesung.

Wertheim kauft das Berliner Künstlerhaus
Pr. Berlin, 24. Juli. (Tel.) Laut „B. Z.“ ist gestern das Berliner Künstlerhaus in der Bellevuestraße für den hohen Preis von 3.100.000 M. an Wertheim verkauft worden. Die Millionensumme fließt dem Verein Berliner Künstler zu. Vorläufig stellt Wertheim das Künstlerhaus dem Verein Berliner Künstler noch für zwei Jahre zur Verfügung. Während dieser Zeit werden sich die Berliner Künstler darüber schlüssig machen, ob und wo sie ihr neues Haus bauen werden.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung.
Als Sachverständige für die Prüfung der Kraftfahrzeuge sowie der Fahrlehrer und der Lehrrmittel werden Regierungsbaumeister Oskar Lieb aus Donaueschingen und Diplomingenieur Paul Oßen aus Remscheid amtlich anerkannt.
Karlsruhe, den 20. Juli 1928.
Der Minister des Innern
J. v. Hörsingbach.

Bekanntmachung
Die staatliche Verbürgung von Hypotheken zur Förderung des Baues von Kleinwohnungen (Bürgschaftsgesetz).

Zu Abänderung von §§ 18, 19 und 20 der Bekanntmachung vom 31. Januar 1919 (Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger Nr. 33 vom 7. Februar 1919) und der Bekanntmachung vom 4. Dezember 1919 (Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger Nr. 298 vom 20. Dezember 1919) wird zur Geschäftsvereinfachung und zur Beschleunigung des Verfahrens angeordnet, daß Anträge auf staatliche Verbürgung von Hypotheken, die bisher unmittelbar mir vorzulegen waren, künftig bei der Badischen Staatsschuldenverwaltung Karlsruhe, Schloßplatz Nr. 4/6, zur weiteren Verbürgung einzureichen sind.

Gemäß § 4 des Gesetzes über die staatliche Verbürgung von Hypotheken zur Förderung des Baues von Kleinwohnungen vom 6. Juli 1918 — G. B. I. S. 215 — in der Fassung der Gesetze vom 4. Mai 1923 — G. B. I. S. 95 — und vom 20. Januar 1925 — G. B. I. S. 17 — ermächtige ich die Staatsschuldenverwaltung, die Staatsbürgerschaft für Hypotheken auf Kleinwohnungsbauten nach den von mir aufgestellten Richtlinien in den einzelnen Fällen ohne meine besondere Ermächtigung zu übernehmen. In Zweifelsfällen wird die Staatsschuldenverwaltung meine Entscheidung einholen.
Karlsruhe, den 20. Juli 1928.
Der Minister der Finanzen
Dr. Schmitt.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums der Justiz
Ernannt:
Oberregierungsrat Dr. Josef Eiefert im Justizministerium zum Ministerialrat, Landesgerichtsrat Dr. Wilhelm Schell in Karlsruhe zum Oberregierungsrat im Justizministerium, Landesgerichtsdirektor Karl Jäckle in Freiburg zum Landesgerichtspräsidenten in Konstanz, Landesgerichtsrat Richard Rieger in Heidelberg zum Landesgerichtsdirektor in Freiburg, Justizrat Wilhelm Schneider in Oberkirch zum Landesgerichtsrat in Heidelberg, Erster Staatsanwalt Dr. Wilhelm Rönberg in Karlsruhe zum Landesgerichtsrat daselbst, Amtsgerichtsrat Waldemar Herbig in Rastatt zum Ersten Staatsanwalt in Karlsruhe, Regierungsrat Dr. Clemens Behringer im Justizministerium zum Amtsgerichtsrat in Forstheim, Staatsanwalt Erwin Baffisch in Karlsruhe zum Regierungsrat im Justizministerium.
Berufen:
Amtsgerichtsrat Dr. Erich Freiherr von Rosen in Laubersheim nach Rastatt.
Übertritt in den Ruhestand kraft Gesetzes auf 1. November 1928:
Landesgerichtspräsident Dr. Ernst Rüdiger in Konstanz.
Entlassen zwecks Übertritt in den Reichsdienst:
Landesgerichtsrat Dr. Dagobert Noercke in Karlsruhe.

6 % ige Kohlenwertanleihe der Stadt Mannheim vom Jahre 1923.

Die nach dem Tilgungsplan auf 1. November 1928 zur Heimzahlung gelangenden Stücke der Mannheimer Kohlenwertanleihe sind von der Stadt freiwillig erworben worden. Eine Verlosung findet nicht statt.
Mannheim, den 17. Juli 1928.
Der Oberbürgermeister. S. 791.

Schenkt Bücher zu jedem Est!



Wochenend-Bett
zusammenklappbar, unentbehrlich für Veranden, Gärten, Freiluftbäder usw. Preis 25 RM. A. Kammerer, Karlsruhe, Erbprinzenstr. 26. Telefon 4388. S. 789.

Serien

Schönes, sonniges Zimmer für 2-3 Personen im Schwarzwald. Volle Pension im Tag 4 RM. Zuschriften unter Nr. 790 an die Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger.
Bruchsal, S. 461. Franz Kimmig, Witwe Zita, geb. Knebel in Oettingen wurde durch Beschluß des Amtsgerichts hier vom 12. April 1928 wegen Verschwendung entmündigt.
Bruchsal, 30. Juni 1928, Amtsgericht II.
Karlsruhe, S. 462. Handelsregistereinträge: 1. Heim. Söder, Zweig-

niederlassung Karlsruhe-Hauptst. Müllheim a. Rh. Die Procura des Alexander Kumbler ist erloschen. 9. Juli 1928.
2. Otto Stoll, Karlsruhe. Offene Handelsgesellschaft mit Beginn am 1. Januar 1928. Otto Stoll, Kaufmann, Karlsruhe, ist als persönlich haftender Gesellschafter in das Geschäft eingetreten. 16. Juli 1928.
3. Fritz Streithoff, Karlsruhe. Die Procura des Fritz Streithoff sowie die Firma ist erloschen. 18. Juli 1928.
4. M. Tannenbaum, Karlsruhe. Einzelkaufmann: Adolf Kahn, Kaufmann, Berlin-Wilmersdorf. Der Übergang der im Betriebe des Geschäfts bisher begründeten Verbindlichkeiten

ist bei der Übernahme des Geschäfts durch Adolf Kahn ausgeschlossen. 18. Juli 28.
5. Alfred Hirschen, Karlsruhe. Einzelkaufmann: Alfred Hirschen, Kaufmann, Karlsruhe. Handel mit Herrenbekleidungs- Herrenkonfektion, Erbprinzenstr. 31 am Ludwigplatz.) 20. Juli 1928.
6. August & Emil Nieten, Karlsruhe. Der Inhaber ist gestorben, das Geschäft wird von dem Testamentvollstrecker Kaufmann Kurt Hüllstrung, Karlsruhe, namens der Erbgemeinschaft zwischen 1. Karl August Nieten, geboren am 12. Februar 1913, 2. August Kurt Gerhard Nieten, geb. am 18. Oktober 1914, 3. Max Werner Nieten, geb. am 23. April 1920, alle in Karlsruhe unter der bisherigen Firma weitergeführt. Die Gesamtprokura des Johannes Steinhardt und des Kurt Hüllstrung bleiben bestehen. 21. Juli 1928.
Amtsgericht Karlsruhe.

Karlsruhe, S. 463. Güterrechtsregistereintrag 1. Zu Band I Seite 115: Dieh, Friedrich Ludwig, Wächtermeister, Karlsruhe u. Wilhelmine, geb. Umland. Vertrag vom 12. Juli 1928. Unter Aufhebung des bisherigen Güterrechts, Gütertrennung. 14. Juli 1928. 2. Seite 116: Gdperich Karl, Schreiner, Karlsruhe und Wilhelmine geb. Jörn. Vertrag vom 10. Juli 1928. Gütertrennung. 16. Juli 28. Amtsgericht Karlsruhe.

Gemeindesparkasse Eppelheim (Öffentliche Sparkasse).

Bilanz per 31. Dezember 1927.

Activa.	RM.	Passiva.	RM.
Verwaltungsgebäude	13 224,55	Spareinlagen	164 466,29
Sonstige Grundstücke	6 000,—	Depositeninlagen	159 690,93
Darlehen gegen Hypothek	95 298,49	Giro- und Kontokorrenteinlagen	54 461,59
Betriebskapital bei der Girozentrale Mannheim	16 000,—	Anlehenskapitalien	285 369,18
Schuldscheindarlehen gegen Bürgschaft	132 699,72	Ausgabenrückstände:	
Beschuldungen	9 113,—	Rechn.-Abt. I	2 566,23
Darlehen in laufender Rechnung:		Rechn.-Abt. II	5 437,80
a) Banken, Girozentrale und Postsparkasse	25 597,10	Rechn.-Abt. III	49,20
b) an Private	365 193,13	Rücklagen aus früheren Jahren	15 448,96
Forderungen aus Aufwertung	10 889,62	Reingewinn per 31. 12. 27	7 778,56
Forderungen an die bürgende Gemeinde	4 537,51		
Kassenbestand	1 809,32		
Gerätschaften	4 160,—		
Einnahmerückstände:			
Rechn.-Abt. I	2 761,86		
Rechn.-Abt. II	4 723,25		
Rechn.-Abt. III	3 259,19		
695 266,74		695 266,74	

Berechnung der Rücklage.
8 % aus 373 618,81 RM = 30 289,50 RM
Sie beträgt auf Schluß des Rechnungsjahres = 23 225,52 "
Somit weniger = 7 063,98 RM

Eppelheim, den 18. Juli 1928. S. 460
Der Vorsitzende des Verwaltungsrat: Jäger, Bürgermeister. Der Geschäftsführer: Riegler.